Stadt Leipzig

RV

Antwort zur Anfrage Nr. V/F 878 vom 6.6.2013

Die Anfrage stellte

Stadträtin, Juliane Nagel

Gedenkort für Opfer rassistischer und rechts motivierter Gewalt

Beantwortung durch

Dezernat Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule

Datum/Unterschrift

Antwort

1. Wie verhält sich der Oberbürgermeister zum Anliegen, eine eigene Erinnerungskultur für Menschen, die durch rassistisch und rechts motivierte Gewalt zu Tode kamen, zu etablieren? Welche Bemühungen hat die Stadtverwaltung jenseits der Unterstützung von zivilgesellschaftlich initiierten Projekten bisher unternommen, um diese Anliegen in eine offizielle Gedenkkultur einzubeziehen?

Die Stadt Leipzig bekennt sich seit vielen Jahren zu ihrer wechselvollen Geschichte. Sie hat u.a. mit dem Denkmal für die ausgegrenzten, verfolgten und ermordeten Jüdischen Bürgerinnen und Bürger am Standort der ehemaligen Gemeindesynagoge, mit dem Denkmal zu Ehren der Sinti und Roma am Schwanenteich, mit mehreren Denkmalen für Opfer von Gewaltherrschaft auf Friedhöfen und durch Gedenktafeln eindrucksvolle Zeichen gesetzt.

Das Thema rechts motivierte Gewalt spielt in der offiziellen Gedenkkultur der Stadt Leipzig eine Rolle, auch wenn keine jährliche Gedenkveranstaltung dazu stattfindet. So erhält es zum Beispiel stets Raum zu offiziellen Gedenktagen wie auf der Gedenkveranstaltung der Stadt Leipzig für Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am 27. Januar, wenn in besonderer Weise der Blick von der Vergangenheit in die Gegenwart und Zukunft gerichtet wird.

Stadt Leipzig 01.15/01 1/07.04

Die Stadt Leipzig und der Oberbürgermeister unterstützen das Anliegen, die Erinnerungskultur für Menschen weiterzuentwickeln, die durch rassistische und rechts motivierte Gewalt ihr Leben verloren haben. Die Anfang 2011 entstandene Initiative zur Errichtung eines Gedenkortes für Opfer rechtsmotivierter Gewalt mündete Ende 2011 in die Gründung der offenen Arbeitsgruppe Erinnerungskultur des Migrantenbeirates. Darin hat die Stadt Leipzig über das Zentrum für demokratische Bildung mitgewirkt.

Eine solche Unterstützung von Initiativen der Zivilgesellschaft zur Beförderung von aus Sicht der Stadt Leipzig sinnvollen Zielen und Vorhaben über die direkte Mitarbeit ist bewährte Praxis und im gesellschaftspolitischen Bereich geradezu wünschenswert. Sie ist eine unverzichtbare, zum üblichen Verwaltungsverfahren komplementäre Vorgehensweise zur Entwicklung gesellschaftlicher Positionen und Beiträge. Insofern soll in diesem Fall das Arbeitsergebnis der AG Erinnerungskultur die offizielle Gedenkkultur der Stadt Leipzig ergänzen.

Darüber hinaus werden einzelne Projekte unterstützt. So wurden im Rahmen der Umsetzung der Kommunalen Gesamtstrategie “Leipzig. Ort der Vielfalt“ verschiedene Projekte gefördert, wie das der Hochschule für Grafik und Buchkunst „Orte die man kennen sollte“, wie die regelmäßige Dokumentation rassistischer Vorfälle durch den Verein engagierte Wissenschaften sowie auditive Stadtrundgänge zu Orten neonazistischer Gewalt.

2. Wie wird die benannte konkrete Initiative zur Errichtung eines ersten Gedenkortes für Opfer rechter Gewalt nach 1990 und konkret für Kamal K. in der Ritterpassage durch die Stadt Leipzig und ihren Oberbürgermeister unterstützt? Gab es eine offizielle Antwort auf den Brief vom Migrantenbeirat vom 24.4.2013? Mit welchen zeitlichen Fristen ist bezüglich des Prüfungs- und Baugenehmigungsverfahrens durch das Stadtplanungsamt und ggf. weitere Ämter zu rechnen?

Die Stadt Leipzig hat seit Ende 2011 in der AG Erinnerungskultur mitgearbeitet und eine finanzielle Förderung des Vorhabens durch den Aktionsfonds im Rahmen der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig.Ort der Vielfalt“ ermöglicht.

Bedauerlicherweise ist der inzwischen vorliegende Entwurf für einen Gedenkort nicht geeignet für die Aufstellung im öffentlichen Raum. Das hat das Votum des Sachverständigenforums „Kunst am Bau und im öffentlichen Raum“ am 25. Februar 2013 ergeben, wonach der Gedenkstein in der bislang vorgesehenen Form unter künstlerischen Aspekte nicht mitgetragen wird.

Insofern geht es nun nicht lediglich um die Bestimmung eines Standortes oder ein Baugenehmigungsverfahren, wie im Schreiben des Migrantenbeirates vom 24. April 2013 dargestellt. Vielmehr ist das in der AG Erinnerungskultur erarbeitete Konzept auf den Prüfstand zu stellen und ein neuer Entwurf zu erarbeiten, der erneut dem Sachverständigenforum „Kunst am Bau und im öffentlichen Raum“ vorgestellt wird. Dies kann beispielsweise über einen Einladungswettbewerb mit ausgewählten Künstlern erfolgen, der durch das Kulturamt begleitet wird.